

**- Demokratieoffensive 2001 -**

**Ich find's geil  
bevormundet  
zu werden**

## **Schon mal drüber nachgedacht?**

Täglich erleben Schüler immer wieder, dass sie nicht ernst genommen werden und ihre eigenen Interessen und Meinungen nicht gefragt sind:

***frustriert...***



Kathrin ist sauer, denn an ihrer Schule existiert keine SMV-Kasse:

„Die Voraussetzung für effektives Arbeiten in einer SMV ist ein finanzielles Polster um eventuelle Miesen auffangen oder Anschaffungen machen zu können. Doch unsere „Chefin“ bleibt uneinsichtig. Eigentlich gilt auch für unsere Schule wie für alle anderen Schulen sowohl das BayEUG als auch die GSO. Und laut dieser rechtlichen Grundlagen ist jeder SMV die Möglichkeit zu geben in Zusammenarbeit mit einem Vertrauenslehrer ein eigenes SMV- Konto zu führen, in das die gesamten Erlöse der Schulfeste, Rockkonzerte... fließen.

**Wir wollen das von uns erwirtschaftete Geld auch selbst verwalten!**

Jedes Jahr aufs neue versucht unsere SMV aufs neue dieses Problem zu lösen. Wir haben auch schon den Elternbeirat auf unsere Seite gezogen, doch bisher hat nichts funktioniert. Deshalb schreien wir jetzt in die Welt hinaus: **UNS REICHTS!!!!**“

## **zensiert...**

Phil ärgert sich über seine Direktor, den er „väterlich-behütend“ nennt:

„Drei Jahre lang habe ich für meine Schülerzeitung geschrieben, und in drei Jahren wurde nicht eine Ausgabe verboten. Dafür verbrachte ich drei Jahre lang in steter Regelmäßigkeit meine Nachmittage im gemütlichen Besuchersessel auf dem Direktorat. Das Lieblingswort meines Direktors ist Schulfamilie. Zensur, so etwas will er an seiner Schule nicht. Nein, ich soll doch verstehen warum Passagen meines Textes unpassend sind und sie aus eigenem Antrieb umschreiben. Schließlich befinde ich mich noch im Prozess der Reife, muss also noch lernen auf andere Rücksicht zu nehmen, damit wir alle harmonisch nebeneinander leben können. Und in einer guten Schulfamilie heißt das, sich mit der eigenen Meinung oder auch mit angebrachter Kritik zurück zu halten.

Den Religionsunterricht in Frage stellen? Bitte nicht, denken Sie doch auch einmal an die betroffenen Kollegen... Pädagogisch vollkommen verfehlte Disziplinarmaßnahmen anprangern? Nein, da kann ich nicht zustimmen. Ich bin mir sicher der Kollege hat sich das vorher gründlich...“

## **abqualifiziert...**

Christoph ist Schülersprecher auf der Hauptschule und würde ja gerne etwas ändern, wenn man ihn ließe:

„Bei uns gestaltet die SMV-Arbeit vor allem der Verbindungslehrer. Wie soll es auch anders klappen, wenn du keine festen Strukturen hast, die dir als Schüler helfen und die eine gewisse Kontinuität ermöglichen? Es ist so schwierig etwas an unserer Schule aufzubauen, wenn dir keiner zutraut, Verantwortung zu übernehmen. Im Gegenteil, mein Direktor meint immer, dass ich „doch erst noch mal“ den Verbindungslehrer fragen soll...“

Einmal hat mich eine Freundin mit auf ein SMV-Seminar genommen, dass von den Bezirksschülersprechern, die es aber nur am Gymnasium gibt veranstaltet wurde und an einem Wochenende war. Das hat mich sehr motiviert! Aber am Montag wurde ich ausgefragt und war natürlich nicht so gut vorbereitet. Ich wollte dem Lehrer und meiner Klasse erzählen, wie begeistert ich war und was am Gymnasium so alles läuft, aber der Lehrer wollte mit dem Stoff vorankommen. Für SMV interessiert sich bei uns niemand...“

## **deklassiert...**

Katja kommt aus Hamburg und findet die bayerischen Strukturen ungerecht:

„Die SchülerInnenkammer Hamburg ist vergleichbar mit den Landesschülervertretungen der anderen Bundesländer, außer Bayern und Berlin. Ich finde es ungeheuerlich, dass die Schülerinnen und Schüler in Bayern was Mitsprache angeht dermaßen benachteiligt werden. Bei uns findet ein regelmäßiger Austausch mit dem Kultusministerium statt, denn wir beraten unsere Schulbehörde bei allen Entscheidungen. Das ist gesetzlich festgelegt. Durch schriftliche Stellungnahmen, Gespräche oder Pressemitteilungen haben wir daher die Möglichkeit entscheidend mitzugestalten. Beispielsweise läuft zur Zeit eine Art Evaluationsprojekt, bei dem die Lehrer „bewertet“ werden sollen, das durch die SchülerInnenkammer ins Rollen gebracht wurde.

Wir haben auch einen eigenen Etat, den wir auch selbst verwalten oder in bestimmte Projekte stecken, wie z.B. die SchülerInnenfibel, die alle Klassen- und Schulsprecher bekommen und sie über ihre Rechte und Möglichkeiten aufklärt.“

**Schon mal drüber nachgedacht,  
was zu ändern?**

**- DEMOKRATIEOFFENSIVE -**

**Ich find's geil  
bevormundet  
zu werden**

In diesem Papier sind die wichtigsten Forderungen für eine „demokratischere Schule“ vereint. Sie sollen verdeutlichen, dass „Lernen von Demokratie“ gleichwertig mit andern Bildungsinhalten, ja vielleicht sogar wichtiger ist, und das dieses Thema in der Diskussion um die innere Schulentwicklung nie fehlen darf!

## Demokratie in der Schule?

---

Schule lebt von Partizipation und Gestaltung durch ihre Schüler; unsere Gesellschaft lebt von der Gestaltung durch ihre Mitglieder. Doch obwohl die Schule eigentlich Lehr- und Lernstätte von demokratischem Handeln und Denken sein sollte, fehlen oft ganz elementare Rechte, die Schülern ermöglichen, sich in den Prozess „Lernen“ auch selbst mit einzuschalten; vielleicht aus falscher Angst vor den Auswirkungen, vielleicht aus dem Irrglauben heraus, dass Freiräume in der Schule nichts zu suchen haben oder einfach, weil sich noch niemand darüber ernsthaft Gedanken machen wollte.

Weder im theoretischen Sozialkundeunterricht, noch im Auswendiglernen von Geschichts-



zahlen kann vermittelt werden, was eigenverantwortliches Handeln bedeutet. Gefordert wird immer wieder der mündige und kritische Bürger. Doch der entsteht nicht, wenn er in einem System der Unfreiheit und Fremdbestimmung aufwächst. Man wundert sich über Politikverdrossenheit und Radikalismus und lässt doch nie erleben, was es heißt, selber zu gestalten und Demokratie zu leben.

Ein grundsätzliches Umdenken ist daher zwingend erforderlich. Schüler

müssen konsequent in den Meinungsprozess an der Schule miteinbezogen werden und entsprechende Grundlagen auf Klassen-, Bezirks-, und Landesebene geschaffen werden.

## Vertretung bringt Verantwortung

---

In Bayern heißt die Organisationsform der Schüler „Schülermitverantwortung“. Man übernimmt also Verantwortung in der Schule, doch hat keine Möglichkeit, diese auch direkt mitzugestalten, denn eine echte Schülervertretung fehlt in Bayern. In den Schulordnungen sind weder Mitspracherechte noch ein Recht auf Information enthalten. Lediglich „Wünsche und Anregungen“ können formuliert werden, wie man beispielsweise im §104 der GSO lesen kann. Die Einbindung der Schülersprecher als demokratisch gewählte Vertreter der Schüler, der einzig wichtigen Gruppe der

Schule fehlt. Zwar gibt es für die Schülersprecher, ebenso wie für Eltern- und Lehrervertreter Stimmen im Schulforum. Dass aber jenes nicht einmal bindende Beschlüsse fassen kann oder feste Entscheidungsbereiche hat, beweist nur die fehlende Einbeziehung der Schüler.

Doch ebenso wichtig ist diese echte Vertretung für den Schulalltag. Eine Schule, die mitgestaltet wird, in der Freiräume gefüllt werden können, ist auch eine Schule mit der sich Schülerinnen und Schüler identifizieren.



Schülern muss also auch die Möglichkeit gegeben werden, mitzubestimmen, was in ihrer Umwelt geschieht, um Schule nicht als Ort des Drucks, sondern als lebendige Lernstätte zu erleben. Dazu reicht aber keine Schülermitverantwortung, die Parties organisieren oder Kuchen verkaufen darf. Natürlich sind das auch Möglichkeiten, um das Schulleben lebenswerter zu machen, doch Schüler-

vertretung bedeutet mehr: Nämlich die wirklichen Interessen der Schülerinnen und Schüler zu artikulieren und umzusetzen. Um hier Abhilfe zu schaffen, fordern wir sowohl seit langem Mitbestimmungsrechte für Schülerinnen und Schüler als auch die längst überfällige Möglichkeit, über alle wichtigen Ereignisse in der Schule informiert zu werden.

## Zensur in der Schule

Die Schülerzeitung ist ein wesentlicher Bestandteil des Schullebens. Sie soll aber nicht nur den Zweck erfüllen, Artikel über die Entwicklungen in den Charts zu veröffentlichen, sondern muss vor allem auch als Sprachrohr der Schülerschaft dienen. Im bayerischen Unterrichtsgesetz steht, dass „die Schüler [hier] vom Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch“ (Art. 63, BayEUG) machen.

Trotzdem ist die Schülerzeitung eine „Schulzeitung“, die nicht unter das Presserecht fällt.

Das bedeutet, dass der Direktor als Herausgeber einzelne Artikel oder auch eine ganze Ausgabe mit einer schriftlichen Begründung einfach untersagen kann, wenn sie nicht „dem Bildungs- und Erziehungsauftrag“ entspricht.

Die Auslegungen dieses Ausdruckes sind vielfältig und die Beispiele von Zensur an der Schule alarmierend.

Auch das dadurch entstehende Phänomen der „Schere im Kopf“ hilft nicht, den Schülern zu vermitteln, dass freie Meinungsäußerung zu einer demokratischen Gesellschaft dazugehört: die Angst, Artikel zu schreiben oder bestimmte Themen zu berühren ist groß, denn „der Artikel kommt ja eh' nicht durch.“

Jeder weiß, dass das Recht zur freien Meinungsäußerung die Grundlage für eine funktionierende Demokratie ist. Daher müssen Schülerzeitungen nach folgenden Prämissen organisiert werden: Schülerzeitungen sind Zeitungen, die von Schülerinnen und Schülern einer oder mehrerer Schulen in eigener Verantwortung gestaltet und an Schulen vertrieben werden. Sie stehen außerhalb der inhaltlichen

Verantwortung der Schule und unterliegen den Bestimmungen des Landespressegesetzes und der sonstigen gesetzlichen Regelungen. Die als Herausgeber zeichnenden Schülerinnen und Schüler sind für die Einhaltung dieser Bestimmungen verantwortlich. Die Schule unterstützt die Arbeit der Redaktion und stellt ihr Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung. Die Redaktion kann eine Lehrkraft ihres Vertrauens zur Beratung hinzuziehen.



Zensur findet aber nicht nur bei den Schülerzeitungen statt. Ganz alltägliche Dinge, wie Rundschreiben der Schülersprecher oder der Bezirksschülersprecher, Informationsschreiben oder Poster brauchen immer das „Ja-Wort“ des Direktors, der durchaus mal etwas auf dem bürokratischen Weg verloren gehen lässt, abweist oder zum Tipp-Ex greift. Doch wie

sollen die Schülersprecher ihre Schüler vertreten, wenn sie sie nicht einmal informieren können?

Freie Weitergabe von Informationen ist also dringend erforderlich.

## SMV für andere Schularten

---

Trotzdem scheinen die Gymnasiasten in Bayern in Belangen der Schülermitverantwortung besonders privilegiert zu sein. Während Einrichtungen wie SMV, Schülerzeitung oder Mitsprache im Schulforum an den Gymnasien wenigstens auf dem Papier existieren, herrscht bei anderen Schularten noch Nachholbedarf. Doch selbst dort, wo sich die Schüler an der eigenen Schule organisiert haben, fehlt jede Möglichkeit, sich auch mit anderen Schulen darüber auszutauschen. Bezirksaussprachetagen sind für Hauptschulen nicht vorgesehen und werden für Realschulen nur unzuverlässig durchgeführt. Bezirksschülersprecher darf keine der beiden Schularten wählen.



Auch für Einrichtungen wie Fachoberschulen oder berufliche Schulen sind Vertretungsstrukturen nur in geringem Maß vorhanden. Demokratie zu lernen, ist für alle Schüler gleich wichtig und gleichwertig. Vertretungen aller Schularten zu schaffen, die sich auf allen Ebenen artikulieren können, ist deshalb eine der wichtigsten Forderungen. Diese Vertretungen müssen von den Schülern selbst gegründet werden.

Seminare, Workshops und Kongresse müssen angeboten werden, die den Prozess der Gründung solcher Vertretung auf Bezirks- und Landesebene unterstützen und fördern.

## Eine Landeschülervertretung für Bayern

---

Bayern ist neben Berlin das einzige Bundesland ohne schulrechtlich verankerte Landeschülervertretung. Doch während in Berlin wenigstens die politische Anerkennung der Arbeit gegeben ist, fehlt in Bayern das Verständnis, dass Schülermeinung bei bildungspolitischen Fragen wichtig ist.

Im bestehenden System gibt es acht Bezirksschülersprecher und acht Stellvertreter, die lediglich für die Gymnasien gewählt werden, denen aber ein echter Vertretungsanspruch und Mitspracherechte aberkannt werden. Für andere Schularten fehlt dieses „überschulische“ Amt völlig. Die im Schulgesetz für die Realschulen zugebilligten Bezirksausprachetagen der Schülersprecher finden nur sehr unregelmäßig statt.

Als Gremium auf Landesebene für die gymnasialen Bezirksschülersprecher gibt es lediglich die „Landesarbeitsgemeinschaft SMV“. Sie trifft sich nur zweimal im Jahr und besteht aus den acht Bezirksschülersprechern und den acht Mitarbeitern der Ministerialbeauftragten. Den Vorsitz übernimmt ein Schuldirektor. Artikulieren können sich die Schüler nur in Antragsform, deren Beantwortung nur mit langen Fristen und ohne eine wirkliche Beschäftigung mit Schülermeinung geschieht. Eigene Treffen der Bezirksschülersprecher, Arbeit für die „Schülermitverantwortungen“ der Schulen, Aktionen oder Projekte sind so nicht möglich.

Dieses System nimmt Schülern die Möglichkeit, ihre Interessen wirklich zu vertreten und im bildungspolitischen Diskurs ernst genommen zu werden. Dieses System von Bevormundung, bei dem im beschlussfassenden Gremium Lehrer mitbestimmen, steht im Gegen-

raum“ von den Schülern entscheidend mitgeprägt wird. Eine Gesellschaft, die demokratisch aufgebaut ist, muss das Demokratiebewusstsein in der Schule beginnen lassen. Den Schülern die Möglichkeit zu geben, ihre Schule, also ihre direkte Umwelt mitzugestalt-



satz zum bildungspolitischen Anspruch der Schülermitverantwortung. Die Schülermitverantwortung in Bayern braucht endlich ein echtes Vertretungsrecht. Daraus muss sich künftig eine schulrechtlich verankerte Schülervertretung auf Landesebene für alle Schularten in Bayern ergeben.

Im bayerischen Unterrichtsgesetz wird gefordert, dass der Schüler „im Geiste der Demokratie“ und zu „Verantwortungsfreudigkeit“ (bayr. Verf. Art. 131) erzogen wird. Dies beginnt nur in einer Schule, die als „Lebens-

ten, ist daher unerlässlich. Dass damit auch die Mitsprache bei der alltäglichen Bildungspolitik vonnöten ist, ergibt sich durch die direkte Betroffenheit der Schüler bei allen bildungspolitischen Entscheidungen. Eine Landesschülervertretung ist eine zwingende Notwendigkeit. Sie muss sowohl die einzelnen SMVen zu Austausch und Weiterbildung anregen, als auch die Meinungen der wichtigsten beteiligten Gruppe, der Schüler, wiedergeben.

Somit ergeben sich fünf Grundforderungen für eine demokratischere Schule:

1. Konsequente Miteinbeziehung von Schülerstimme in alle Meinungsbildungsprozesse
2. Ein echter Vertretungsanspruch nach Innen und nach Außen statt pseudodemokratische Rechte
3. Abschaffung von jeglicher Zensur von Schülermeinung
4. Schaffung von Vertretungsstrukturen auf Schul-, Bezirks- und Landesebene für alle Schularten
5. Schulrechtliche Verankerung von Schülervertretung auf Landesebene mit entsprechender rechtlicher Ausstattung